

Müller, Reinhard: **Schwarz Rot Gut**. Wie Deutschland sich immer wieder neu erfindet. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch 2020, 208 Seiten, € 20,00.



Wie Deutschland sich immer wieder neu erfindet – mit dem Untertitel des Werkes ist der Ton in Reinhard Müllers neuem Debattenbeitrag bereits gesetzt. Der Autor arbeitet in seinem lezenswerten Buch auf gut zweihundert Seiten heraus, auf welchem Fundament die Stabilität und Innovationskraft Deutschlands fußt. Grundlage des Werkes bilden essayistische Beiträge, die er als Leitender Politikredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung verfasst hat. In ihrer Summe verdichten sie sich zu einem gelungenen Gesamtpanorama der inneren und äußeren Verfasstheit eines wiedervereinigten Deutschlands in Europa.

Müller setzt mit seiner Betrachtung bei der Deutschen Einheit ein – für ihn eine Erfolgsgeschichte, die illustriert, dass Freiheit sich auf Dauer nicht unterdrücken lässt. Gleichzeitig identifiziert er aber auch Hypothesen der Wiedervereinigung, aufgrund derer es in den neuen Bundesländern an Investoren und Eigentümern fehle. Dazu zählt für ihn beispielsweise auch die fehlende Rücknahme der Bodenrechtsreform, mit der vor 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone 11.000 Landwirte zwangsweise enteignet worden sind, nach der Wende.

Die Berliner Republik betrachtet Müller auch im Kontext der europäischen Integration und der internationalen Beziehungen. Staatliche Souveränität sei kein „Panzer“ mehr, sondern werde „nicht aufgegeben, aber geteilt und neu in die Zeit gestellt“ (S. 58) stellt er fest. Auf der anderen Seite bilde der Nationalstaat für die meisten Menschen weiterhin die natürliche politische Bezugsgröße und den präferierten Ordnungsrahmen. Vor diesem Hintergrund sieht er die Europäische Union als Erfolgsgeschichte „im Grunde ohne Wenn und Aber“ (S. 62), will aber eine Letztkontrolle durch die Mitgliedsstaaten und insbesondere deren Verfassungsgerichte nicht missen.

An dieser Stelle klingt auch ein Motiv an, das sich durch das gesamte Werk zieht: Die Betonung des Rechtsstaates als konstitutives Fundament unseres Gemeinwesens. Eindringlich warnt er vor der Erosion rechtsstaatlicher Standards in den „illiberalen Demokratien“ der EU. Dem deutschen Rechtsstaat stellt er hingegen ein gutes Zeugnis aus. In der Corona-Krise sei er seinem Kontrollauftrag nachgekommen und habe, sofern dies in wenigen Fällen erforderlich gewesen sei, als Korrektiv gewirkt.

Auch für den deutschen Föderalismus und im besonderen Maße für die Kommunalpolitik bricht Müller eine Lanze. Anstelle eines – medial oft beklagten – inkohärenten „Flickenteppichs“ sieht er „den urdemokratischen Gedanken eines Staatsaufbaus von unten“ (S. 87) verwirklicht. Für ihn ist klar: Starke Städte und Gemeinden, tatkräftige Landräte und eine gute medizinische Grundversorgung in der Fläche haben zum guten Gelingen des Krisenmanagements während der ersten Welle der Corona-Pandemie entscheidend bei-

getragen. Vor diesem Hintergrund überrascht auch nicht, dass Müller sich für eine föderale Kompetenzverlagerung hin zum Bund nur wenig erwärmen kann.

Mit prononcierten und durchaus streitbaren Beiträgen zu den gesellschaftlichen „heißen Eisen“ wie der Sterbehilfe, der Öffnung der Ehe, des Werbeverbots für Abtreibungen oder dem Verhältnis zwischen Religion und Staat nimmt sich Müller auch aktueller rechtlicher Debatte an und schließt mit einer Reflexion über die Meinungsfreiheit. Das im Grundgesetz angelegte Vertrauen in die „Kraft der freien Auseinandersetzung“ (S. 106) verknüpft er mit einem Appell zur Ambiguitätstoleranz, sprich der Bereitschaft des Bürgers, im demokratischen Diskurs auch „Konfrontationen und Provokationen“ zu akzeptieren und ihnen mit „bürgerlichem Engagement“ (S. 163) zu begegnen. Diese Freiheiten fänden jedoch freilich ihre Grenzen, sobald die Ebene des Diskurses verlassen und konkrete Anstrengungen zur Überwindung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unternommen werden würden.

Sein Fazit: Demokratische und rechtstaatliche Institutionen haben keine natürliche Bestandgarantie, egal wie lange sie schon existieren. Gleichwohl endet das Werk auf einer positiven Note, wenn Müller dem deutschen Rechtsstaat Beständigkeit bescheinigt und feststellt, dass „das Fundament so sicher und elastisch zugleich [ist], dass sich das Land immer wieder neu erfinden kann“ (S. 197).

Innovation und gleichzeitig eine Bewahrung des Bewährten; Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen, aber kein Hinterherlaufen des Zeitgeistes. Betrachtet man die Leitmotive des vor-

liegenden Buches, so kann dieses durchaus auch als Plädoyer für einen Konservatismus, der auf Subsidiarität und Freiheit in Selbstverantwortung fußt, gelesen werden. In diesem Sinne hat der FAZ-Journalist und Jurist einen sehr lesenswerten Debattenbeitrag abgeliefert, bei dem nur ein kleines Desiderat bleibt: Müller verweist zwar en passant immer wieder auf Megatrends wie Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Automatisierung sowie den damit verbundenen Strukturwandel. Wie aber eine Neuerfindung „Deutschland 4.0“ in diesem Kontext aussehen könnte, bleibt eine Aufgabe für einen weiteren Essay aus seiner Feder.

DR. SARAH SCHMID,
HANNIS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN